



Städtischer Haushalt konsolidiert - Gebühren stabil -

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Wir Sozialdemokraten haben uns die Entscheidung über die Aussetzung der Erhöhung der Grundsteuer A und B für das Jahr 2020 nicht leicht gemacht.

Feststellung der SPD in der letzten Haushaltsberatung:

„Wir wissen nicht, wohin die finanzielle Entwicklung geht, ob es unvorhergesehene Ereignisse gibt. Das kann aber kein Grund sein, wenn jetzt die Zeit dafür reif ist.“

Wir wollten aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage weiter ohne Neuverschuldung auskommen und dennoch notwendige Investitionen stemmen. Jetzt müssen wir den kommunalen Rettungsschirm auch für unsere Stadt fordern.

Trotz der Corona-Krise haben wir den Willen zur weiteren Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Kommunale Selbstverwaltung, verstanden als Freiheit, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu behandeln, braucht eine auskömmliche Finanzierung.

Wir erwarten, dass Bund und Land diese Grundlage sichern, bevor lokale Steuern und Abgaben für Aufgaben, die Bund und Land finanzieren müssen, erhoben werden. Wir fordern, dem Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ Geltung zu verschaffen. Wir stehen aber auch zur eigenen finanziellen Verantwortung und wollen keine Verschuldung zu Lasten nachfolgender Generationen.

Kommunale Steuern, Gebühren und Abgaben müssen sich daran orientieren, dass die kommunale Infrastruktur insgesamt langfristig erhalten bleibt und die Kommune eine hohe Lebensqualität sichert.

Die Neuregelung des Landes NRW zur Übernahme von Straßenausbaubeträgen nach dem Kommunalen Abgaben Gesetz (KAG) werden wir kritisch beobachten. Ziel muss die Abschaffung der Zahlung dieser Beiträge durch die Anlieger sein.

Personal bei der Veränderung und Digitalisierung der Arbeitswelt mitnehmen und motivieren

Im technischen Dezernat ist nach Beginn der Amtszeit des TB Schröder wieder neuer Schwung.

Auch wenn es auch dort personeller Anstrengungen erfordert, so sind die Projekte die gedacht werden, das was wir uns von der lenkenden Funktion der Dezernatsleitung vorgestellt haben.

Erstellung einer neuen Organisationsstruktur mit sog. Zwischenebenen, Jugendarbeit und Jugendpflege, die wir mit zusätzlichen Stellenanteilen aufgewertet sehen wollen.

Sämtliches Personal der Stadt wird in den nächsten Jahren mit der Digitalisierung Schritt halten müssen. Daher soll die digitale Arbeit mit Einbindung möglichst vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „von unten“ gestaltet werden.

Steinfurt ist sicher

Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört auch die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Wir wissen, gute Familien- und Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention. Darum heißt es bei uns „Prävention vor Repression“. Wir nutzen unsere kommunalen Einrichtungen, um dies zu gewährleisten, ohne dabei die Aufgaben und Befugnisse der Polizei zu übernehmen. Deutliche



Grundrechtseingriffe, wie etwa durch Videoüberwachung des öffentlichen Raums, bleiben in Verantwortung und Finanzierung eine polizeiliche Aufgabe.

Verstärkt werden sollen die Kontrollen von Geschwindigkeitsüberschreitungen auf Gemeindestraßen. Dazu sollen Schwerpunkte im Stadtgebiet definiert und verstärkt kontrolliert werden. Schutzmaßnahmen und bauliche Veränderungen sind daraufhin zu prüfen.

Abfallwirtschaft muss nachhaltig sein

Die „Gelbe Tonne“ kommt am 01.01.2021 fast überall in Steinfurt.

Wir haben uns über Jahre für die Umstellung der Abfallentsorgung von Leichtverpackungen über das Duale System Deutschland (DSD) vom „Gelben Sack“ auf die „Gelbe Tonne“ eingesetzt. Mit unserem Engagement und Beantragung der Umstellung kommt die „Gelbe Tonne“ außer in Zonen in der Innenstadt, in der Stadt Steinfurt zum 01.01.2021.

Wir wollen Abfallvermeidung in den Fokus stellen. Abfall muss Wertstoff werden. Ein nächstes Ziel kann die Einführung einer Wertstofftonne sein. Steinfurt soll als Handelnder am Markt für Wertstoffe auftreten, soweit es im Rahmen kommunalen Wirtschaftens möglich ist.

Die Aktion „Steinfurt macht sauber“ haben wir mit unserer Teilnahme unterstützt und wollen damit den Blick für Abfallvermeidung und Mülltrennung schärfen. Besonders die Informationen an den Schulen und das Mitmachen von Schülerinnen und Schülern soll weiter gestärkt werden.